Deutsche Ausgabe. **Nur als Manuskript gedruckt.**

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 175
14. November

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse Wilh. Im Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Lage in Deutschland. Von Höllein. 1477

Deutschland

Die Methoden des legalen Separatismus im Rheinland. Von Stoecker. 1478

Eine Erklärung der Kommunisten zur Rheinlandfrage. 1479

Politik.

Der Prozeß gegen die Mörder Worowskis. Von Rosenberg 1480

Aus Sowjetrußland.

Brief aus Sowjetrußland. Von Rubiner 1481

Arbeiterbewegung.

Zu den Klassenkämpfen in Polen. Von Lada . . . 1481

Weißer Schrecken.

Die Anklage des Genossen Velti im Woronski-Prozeß. 1482

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 14. November 1923.

** Die nationalsozialistischen Demonstrationen der letzten Tage blieben nicht nur auf München und die bayrischen Städte beschränkt. Es haben solche auch vereinzelt in Norddeutschland stattgefunden. Diese Demonstrationen bilden jedoch nicht den Ausgangspunkt für einen neuen Machtkampf des Nationalsozialismus. Sie scheinen vielmehr nur Zuckungen einer niedergehenden Bewegung zu sein. Auf alle Fälle kann heute schon gesagt werden, daß die nationalsozialistische Bewegung nunmehr als regierende Macht, die die Zukunft Deutschlands bestimmen könnte, ausgespielt hat. Aus Hitler wurde kein deutscher Mussolini, und aus der Nationalsozialistischen „Arbeiter"partei kein regierungsfähiger Fascio.

Die Ursachen hierfür liegen natürlich nicht bloß in den Personen, sondern selbstverständlich in erster Linie in der sozialen und ökonomischen Bedingtheit der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland selbst. Die von Hitler und Ludendorff vertretene faschistische Richtung wollte im Wesen nichts anderes sein als der italienische Faschismus. Wie bei diesem, sollte das Kleinbürgertum den Hauptkern bilden, um den sich rechts und links enttäuschte Bevölkerungsschichten gruppieren und ihm so den Schein einer breiten einheitlichen Volksbewegung, die angeblich über den Klassen steht, verleihen sollten. Aber in Deutschland ist das Kleinbürgertum im Verhältnis zur kapitalistischen, im besonderen aber zur proletarischen Klasse zahlenmäßig viel zu gering, um auf die Dauer als anziehendes Kraftzentrum wirken zu können. Die Hitler-Bewegung hätte zu einer ausschlaggebenden Kraft heranwachsen können, wenn es ihr gelungen wäre, große Massen von Proletariern an sich zu fesseln. Aber das soziale Programm des deutschen Nationalsozialismus war dazu viel zu farblos und ungenügend. Nur gegen eine Form des Kapitals zog Hitler zu Felde, nämlich gegen das Wucherkapital. Und selbst hier mußte er mit Rücksicht auf seine Geldgeber die größte Zurückhaltung üben und sich lediglich auf den Kampf gegen das jüdische Wucherkapital beschränken. Hitlers zweite Parole galt dem Kampf gegen die nationale Unterdrückung. Aber auch hier hatte er kein positives Programm für die Befreiung der Nation von der Umklammerung des fremden Imperialismus. Er beschränkte sich vielmehr auch hier auf die rein negative Losung: „Abrechnung mit den November-Verbrechern, die das nationale Unglück verschuldet haben."

Die Zersetzung der Arbeiterbewegung infolge der gegenrevolutionären Politik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie wäre einem weitherzigen kleinbürgerlichen Faschismus sicherlich in hohem Maße zugute gekommen. Aber Deutschland ist kein Italien. Es gibt in Deutschland noch eine kompakte Masse von Arbeitern, die seit Jahrzehnten sozialdemokratisch organisiert sind und trotz aller Enttäuschungen an ihrer Organisation festhalten. Dann aber ist es der Kommunistischen Partei Deutschlands in immer höherem Maße gelungen, die gesunden Elemente unter den enttäuschten Arbeitern um ihre Fahne zu sammeln. Und nicht nur die Arbeiter, sondern sogar auch größere Schichten des Kleinbürgertums, des intellektuellen und gewerblichen Mittelstandes. Und zwar deshalb, weil die Kommunistische Partei nicht die Politik einer engherzigen, zünftlerisch eingestellten Arbeiterpartei betrieb, sondern ein weitgespanntes soziales und nationales Programm verfocht. Sie tat dies in dem Bewußtsein, daß sie heute die Vertreterin aller gesunden Elemente der deutschen Nation und ihrer lebensfähigen Bestrebungen ist. In dieser Stunde der Hitlerschen Niederlage zeigt es sich erst, welch gewaltige Erfolge die Politik der Kommunisten in der nationalen Frage errungen hat.

Die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei wurde immer mehr zu einem Tummelplatz für karrierelüsterne Studenten, für enttäuschte ehemalige Offiziere, für stellungslose Handlungsgehilfen und politische Abenteurer und Hochstapler. Wirkliche Arbeiterelemente fehlten dagegen in ihren Reihen so gut wie völlig. Diese kleinbürgerliche Richtung des deutschen Faschismus suchte daher Anlehnung und Unterstützung bei der Industrie und der Landwirtschaft. Und ihre Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg. Sowohl von der Industrie als auch von der Landwirtschaft flossen ihr vor allem reichliche Geldmittel zu. Die „nationalgesinnten" Unternehmer beurlaubten sogar ihre Angestellten, damit sie die Kadres der nationalsozialistischen Gewalthaufen auffüllen konnten.

Der Einfluß der Hitler-Ludendorff war zunächst in den Kreisen der Schwerindustrie und der Agrarier ziemlich stark. Aber ihr Stern begann in dem Augenblick zu verblassen, als im

Reich der Ausnahmezustand proklamiert wurde und damit die vollziehende Gewalt auf die Reichswehr überging, wodurch sich nicht nur in den staatlichen Machtverhältnissen, sondern auch in der Politik eine tiefgreifende Wandlung vollzog. Die Große Koalition hatte schon ein rein faschistisches Programm aufgestellt und auf dem Verordnungswege verwirklicht. Keine faschistische Regierung hätte die Sache besser und vor allem reibungsloser machen können. Und nach dem Hinauswurf der Sozialdemokraten aus dem Reichskabinett ist sogar der Schein geschwunden, als ob die Arbeiterschaft noch irgendetwas in der Regierung mitzureden hätte. Die Kapitalisten und Agrarier sind eben nicht mit Hitler und Ludendorff verheiratet. Sobald sich ein anderer findet, der ihre Geschäfte besser und billiger besorgt, warum sollten sie sich da nicht seiner bedienen? Vor allem aber warum sollten sie ihn offen bekämpfen? Es ist also durchaus nicht verwunderlich, daß Herr Admiral v. Tirpitz bereits am 1. November in einem Brief an Hitler wörtlich schrieb:

„Ich beschwöre Sie, alles zu tun, was in Ihrer Macht liegt, um eine gewaltsame Aktion der Kampfverbände zu verhüten, denn man darf dem Gesundungsprozeß nicht mit Gewalt vorgreifen. Auch Preußen ist auf dem besten Wege, das Joch des Marxismus abzustreifen. Die Weimarer Verfassung ist auf dem besten Wege, in föderalistischem Sinne geändert zu werden. Will man es zu einem Zusammenprall mit der Reichswehr im Norden, die geschlossen hinter General v. Seeckt steht, kommen lassen, so ist die Wirkung katastrophal und alles verloren. Man darf der natürlichen Entwicklung nicht vorgreifen."

Hitler und Ludendorff haben aber trotzdem „vorgegriffen" und damit zwar den „Gesundungsprozeß" nicht gestört, wohl aber den Sieg der großkapitalistischen Richtung im Faschismus, die von Stresemann und Seeckt verkörpert wird, besiegelt.

Durch den Zusammenbruch des Münchener Putsches hat sich der kleinbürgerliche Faschismus als Regierungsfaktor der Zukunft erledigt. Aber das bedeutet nicht, daß er auch schon als Ideologie endgültig ausgespielt hat. Im Gegenteil, er bleibt noch am Leben und wird als zersetzendes Element innerhalb des Faschismus eine bedeutsame Rolle spielen. Er ist sozusagen das erste zersetzende Element im Schoße des siegreichen großbürgerlichen Faschismus. Es ist kein Zufall, daß das erste Zeitungsverbot des Generals von Seeckt eine faschistische Zeitung, das **„Deutsche Tageblatt"**, betraf und erfolgte, weil es Zersetzungskeime in die Reichswehr hineintrage. Die Reichswehr ist eben der Boden, auf dem die kleinbürgerlichen Faschisten ihre Hauptwühlarbeit verrichten wollen. Sie ist aber auch zugleich der empfindlichste Punkt des großbürgerlichen Faschismus.

Es zeigen sich im großbürgerlichen Faschismums auch schon andere Zersetzungserscheinungen. So bedeutet z. B. die Rückkehr des Kronprinzen Wilhelm nach Preußen die Entfachung des Kampfes um die zukünftige Kaiserkrone zwischen den einzelnen Dynastien, namentlich zwischen den Hohenzollern und den Wittelsbachern. Es zeigen sich ferner auch schon stark konfessionelle Gegensätze zwischen dem katholischen Süden u. dem protestantischen Norden. Vor allem die Nationalsozialisten sind auf die Ultramontanen sehr schlecht zu sprechen.

Dazu kommen nun noch die innerpolitischen und sozialen Schwierigkeiten. Herr von Kahr, der ebenfalls ein Vertreter des großbürgerlichen Faschismus ist, hat bereits am eigenen Leibe erfahren müssen, wie schwer es ist, die hochgespannten Erwartungen der Mittelklassen und auch des Bürgertums zu befriedigen. Und zwar selbst auch dann, wenn man die weitestgehenden diktatorischen Vollmachten besitzt. Kahrs Tätigkeit bedeutet eine einzige große Enttäuschung für alle diejenigen, die von ihm ernstlich eine bessere Zukunft erhofften. Vor etwa 8 Tagen hat Herr von Seeckt, der Diktator von Norddeutschland, der Bevölkerung Erleichterungen auf dem Gebiete der Ernährung in Aussicht gestellt. Man braucht aber durchaus — — kein Prophet zu sein, um mit Bestimmtheit voraussagen zu können, daß er hierin kaum mehr Glück haben wird als sein bayerischer Mit- und Gegenspieler Herr von Kahr.

Wenn auch den positiven Leistungen des Herrn von Seeckt auf sozialem Gebiete sehr enge Grenzen gezogen sind, so eröffnen sich ihm dafür auf dem Gebiete des negativen Wirkens, namentlich auf dem Gebiete der Unterdrückung der Arbeiterbewegung viel größere Möglichkeiten. Der **„Vorwärts"** ist in der Lage, bereits eine ganze Liste von neuverbotenen sozialdemokratischen Zeitungen zu veröffentlichen. Aber das ist erst ein Anfang.

Und nun erst die auswärtige Lage! Obwohl in Herrn Poincaré beim Anblick der schimmernden Wehr, die Herrn von Seeckt umgibt und mit der er in Deutschland die Herzen aller Kapitalisten erfreut, besonders deutschfreundliche Gefühle aufsteigen werden? Bedeutet das Regime von Seeckt eine Erleichterung in der hochgespannten auswärtigen Lage Deutschlands? Man kann verstehen, daß Herr von Seeckt als tüchtiger General, als Sieger in den Schlachten bei Gorlicze und beim Roten Turmpaß, sich jetzt im Glanz seines großen Sieges auf dem politischen Schlachtfelde der Ebert-Republik sonnt und sein Herz vor Freude überfließt. Aber bei dem Gedanken an die auswärtige Lage des Reiches wird ihm sicherlich in den Becher seiner Freude mancher Tropfen Wermuth fallen. Wir aber, deren Blicke vom Siegesgefühl nicht getrübt sind, sehen in diesen auswärtigen Schwierigkeiten des Kahr-Stresemann-Seeckt-Regimes gefährliche Todeskeime für die neue großfaschistische Herrschaft.

Deutschland

Die Methoden des legalen Separatismus im Rheinland.

Von Walter Stoecker.

Düsseldorf, 8. November 1923.

** In der rheinischen separatistischen Bewegung ist eine entscheidende Wendung eingetreten. Der faschistische Separatismus hat seine Dienste getan und macht nunmehr dem immer stärker werdenden **legalen** Separatismus Platz.

Je schärfer die bürgerlichen Parteien und ihre Presse gegen den putschistischen Separatismus Stellung nehmen, um so offener und freier treten sie für eine legale Loslösung der Rheinlandsfrage ein. Immer lauter wurden die Stimmen in der bürgerlichen Presse, die nach dem Rheinischen Provinziallandtag riefen und von den Mitgliedern des Provinziallandtages eine legale, d. h. verfassungsmäßige Lösung der Rheinlandfrage verlangten. Diese Haltung ist zurückzuführen auf die Entwicklung in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und Hochfinanz. Diese Kreise haben sich offenbar endgültig für die Bildung einer Rheinischen Republik entschieden und sind gewillt, jetzt auch offener aufzutreten und in Bälde zu handeln. Nachdem sie das Reich völlig ausgesogen und ausgepumpt haben und jetzt von Berlin her keine entscheidende finanzielle Unterstützung mehr erwarten, wenden sie sich nach Paris und suchen sich mit den maßgebenden Kreisen des französischen Finanz- und Industriekapitals zu verständigen. Die zahlreichen Verhandlungen der Hagen, Wolff, Stinnes, Vögler, Klöckner usw. mit dem General Degoutte und seinem Beauftragten waren dazu die Einleitung. Die rheinisch-westfälische Industrie-, Bank- und Handelswelt hat auf Veranlassung der Besatzungsbehörden auch bereits überall örtlich sogenannte Wirtschaftsausschüsse gebildet, die zusammen mit den französischen Besatzungsbehörden alle wirtschaftlichen Fragen regeln sollen. Ein zentraler Wirtschaftsausschuß, der aus Vertretern der örtlichen Körperschaften zusammengesetzt werden soll, ist im Entstehen begriffen.

Der äußerst betriebsame Kölner katholische Großfinanzier **Louis Hagen** hat in zahlreichen Verhandlungen mit dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission, Herrn **Tirard,** und der rheinischen Industrie- und Bankwelt bereits die Grundlagen für die Errichtung einer rheinischen Goldnotenbank und damit einer eigenen rheinischen Währung geschaffen. An dieser Bank, die ein eigenes wertbeständiges Goldnoten-Papier herausgeben soll, wird sich die rheinische Industrie und Finanz mit 55 Prozent, das französische Kapital mit 30 Prozent und anderes ausländisches Kapital mit 15 Prozent beteiligen. Mit der Gründung dieser Bank wird wiederum ein weiterer realer Schritt zur Loslösung der Rheinlande vollzogen.

Louis Hagen arbeitet im Stillen mit seinem Freunde **Adenauer,** dem klerikalen Kölner Oberbürgermeister, seit langem auch politisch für die Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik. Schon auf der Hagener Konferenz sind beide offen für diesen Schritt eingetreten und dabei in ernste Konflikte mit der Reichsregierung geraten. Und gegen die beiden wendet sich **Theodor Wolff** in seinem Montags-Artikel des **„Berliner Tageblattes,** indem er gegen die Loslösung der Rheinlande von Preußen argumentiert:

„Zu den Kreisen, die diese Taktik empfehlen, gehören nicht die „marxistischen" Arbeiter, die . . . ihn stützen und schützen, während mancher vielverdienende Landwirt sogar in das separatistische Brigantenlager hinüberläuft. Für die sogenannte Vorbeugungstaktik **erwärmen oder erhitzen sich Honoratione, „prominente" Persönlichkeiten, die in achtzig oder hundert Aufsichtsräten sitzen und Inhaber von Ehrenämtern sind, die, wie Herr von Kahr, im Dienste der christlich-germanischen Weltanschauung stehen."**

Zu diesen prominenten Persönlichkeiten gehören auch Hagen und Adenauer. Daß **Otto Wolff** mit seinem großen Konzern seit langem für die Loslösung vom Reiche eintritt, ist bekannt. Das von ihm finanzierte demokratische **„Kölner Tageblatt"** arbeitet offen für den Separatismus. Aber auch **Hugo Stinnes** deckt endlich seine Karten auf. Seit Wochen läßt Hugo Stinnes in den ihm nahestehenden **„Düsseldorfer Nachrichten"** ein selb-

ständiges Rheinland fordern. Da die Reichsregierung auf seine Wünsche scheinbar nicht recht eingehen will, schrieb dieses Blatt erst dieser Tage:

„In den Kreisen der noch regierenden Herren in der Reichshauptstadt **scheinen die Meinungen und Ansichten über das, was notwendig ist, weitauseinander zu gehen. Sowohl über die Ereignisse in Sachsen und in Bayern, wie ganz besonders über die Entwicklung der Verhältnisse am Rhein. Es ist wirklich nicht mehr viel Zeit zum Ueberlegen, weder für die Regierung noch für die Parteien, die sich von der Theorie nicht freimachen können und darüber die Praxis versäumen: entweder handeln sie selbst — oder andere werden ohne sie oder gegen sie handeln.**"

Diese freche, drohende Sprache zeigt deutlich, daß die rheinischen Industriellen schon ungeduldig werden und unter Umständen bereit sind, auch gegen die Reichsregierung ihre Pläne durchzusetzen. Aber Stinnes geht einen Schritt weiter und läßt in seinem Zentralorgan, der **„Deutschen Allgemeinen Zeitung"**, seinen jungen Mann **Paul Lensch** u. a. schreiben:

„Kann die Reichsregierung also nicht mehr finanziell den deutschen Stammesbrüdern im Westen zu Hilfe kommen, **so hat sie jetzt die Möglichkeit, durch verständnisvolle Beeinflussung der Frage „Rheinische Republik" den besetzten Gebieten wenigstens ein politisches Chaos zu ersparen.** Aber Initiative muß da sein. Bloße Passivität schafft dem heutigen Separatistengesindel nach wenigen Monaten einen sicheren Sieg."

Deutlicher kann Stinnes kaum werden.

Von dieser Entwicklung in der rheinisch-westfälischen Industrie ist selbstverständlich die Pariser Regierung unterrichtet. Dort streiten sich zwei Strömungen über die Frage der gegenüber dem Separatismus einzuschlagenden Taktik: Herr Tirard in Koblenz und General Degoutte in Düsseldorf. Wenn auch Herrn Tirard der Aachener faschistische Separatisten-Putsch zu früh losgegangen ist, so stellte er sich dennoch auf seine Seite, weil er in Paris einmal zeigen wollte, was er in den zwei langen Jahren und mit den ihm für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Riesensummen geschaffen hat. General Degoutte dagegen wußte durch seine Verhandlungen mit den rheinischen Großindustriellen und Finanziers, daß die legale Loslösung der Rheinlande nur noch eine Frage von Wochen ist. Deshalb wandte er sich sehr entschieden gegen die französische Unterstützung der putschistisch-separatistischen Elemente. Aus diesen Gegensätzen erklärt sich auch die widerspruchsvolle Haltung der Besatzungsbehörden gegenüber den Matthes, Deckers usw. Allem Anschein nach hat in Paris die Taktik des Generals Degoutte gesiegt. Dies geht aus dem neueren Verhalten der Besatzungsbehörden gegenüber den Putschisten und auch aus der Meldung der „Kölnischen Zeitung" vom 7. November hervor, wonach Herr Tirard „sich großmütig bereit erklärte, auf eine Loslösung der Rheinlande vom Reiche zu verzichten und sich mit einer Rheinischen Republik im Rahmen des Reiches zu begnügen".

Poincaré als Wortführer des französischen Imperialismus nimmt wohl nicht zuletzt infolge des englischen Widerstandes jetzt lieber den Sperling in der Hand als die Taube auf dem Dache. Er weiß nur zu gut, daß ihm auch bald die Taube zufliegen wird. Denn ein von Preußen losgelöster rheinischer Bundesstaat im Reiche wird in der gegebenen Situation (Besetzung durch die Franzosen, eigene Zollgrenzen, eigene Eisenbahnverwaltung, eigene Währung usw.) ohnehin ein Bundesstaat ganz eigener Art sein, der auf Grund der vorgenannten Sonderverhältnisse schon mehr außerhalb als innerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches stehen wird. Die Verhandlungen zwischen Tirard und dem in Hagen eingesetzten 15er-Ausschuß, in dem die Wortführer der rheinischen Bank- und Industriewelt und die Vertreter der bürgerlichen Parteien sitzen, sind schon sehr weit gediehen.

Bei dieser Lage der Dinge **war die Tagung des Rheinischen Provinziallandtages nur noch eine Komödie.** Er hatte nur zu bestätigen, was inzwischen von den maßgebenden Kreisen, den Stinnes und Hagen, schon beschlossen und abgekartet war. Unter der Führung von Hagen und Adenauer trat die Zentrumsfraktion von Anbeginn an ziemlich geschlossen für die Loslösung der Rheinlande von Preußen und für die Schaffung einer Rheinisch-Westfälischen Republik im Rahmen des Reiches ein. Die Fraktion der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, in der sich Deutsche Volkspartei, Demokraten und Deutschnationale zusammengefunden haben, wandte sich zunächst noch stark gegen jede Loslösung, fiel dann aber, als Weisungen von Stinnes eintrafen, um und erklärte sich, vorbehaltlich der Zustimmung des rheinischen Provinziallandtags und des Reichstages mit den Vorschlägen des Zentrums einverstanden. Damit tritt das rheinische Bürgertum nunmehr geschlossen für die Trennung von Preußen ein und verfügt dafür auch über eine Mehrheit im Provinziallandtag.

Das ist die wirkliche Situation trotz aller gegenteiligen patriotischen Phrasen, die auf dem Provinziallandtage gedroschen wurden.

Die Sozialdemokratie, die sich bisher noch immer um eine klare eindeutige Stellungnahme herumgedrückt hat, suchte auch in dieser Tagung des rheinischen Provinziallandtages bei aller grundsätzlichen Ablehnung gegen den Separatismus doch möglichst den Anschluß an die bürgerliche Koalition nicht zu verpassen. Wenn ihr Vertreter auch starke Töne gegen die Loslösung anschlug, so bleibt demgegenüber doch entscheidend die Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion. **Und diese stimmte für die durchaus eindeutige Entschließung des Zentrums und der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, die in versteckter Form für die Loslösung von Preußen propagiert.** Sie rechtfertigte ihre Abstimmung mit dem Hinweis, daß es ihr gelungen sei, in die bürgerliche Entschließung die Formel hineinzubringen, daß „staatsrechtliche Aenderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege vorgenommen werden dürfen". Einen revolutionären Weg aber hatten bisher weder Hagen noch Adenauer verlangt.

Nur die **kommunistische Fraktion** nahm auf diesem Landtag eine klare und eindeutige Haltung an. In aller Schärfe betonte sie die unverbrüchliche Zusammengehörigkeit der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft mit dem gesamt-deutschen Proletariat und erklärte, daß sie **gegen jegliche Loslösung den allerschärfsten Kampf aufnehmen werde.**

So war die Tagung des Rheinisch-westfälischen Provinziallandtages gewissermaßen der Auftakt zur Gründung der Rheinischen Republik. **Der „legale" Separatismus hat auf der ganzen Linie gesiegt.**

Die größten Schieber und Drahtzieher der rheinischen Hochfinanz und der Klerikalismus sind eifrig am Werke, um der Welt die neue „Rheinische Republik" bald vorzustellen. Nur noch wenige Tage, und der Vorhang wird hochgehen. Aber die schönsten Phrasen von „Rheinischer Freiheit", „Rheinischem Geiste" und „Rheinischer Kultur" werden nicht verhindern, daß den hungernden und darbenden rheinischen Arbeitern sofort die grinsende Fratze einer ausgeprägten Schieberrepublik entgegenleuchten wird. Der Devisenwucher treibt ohnehin am Rhein schon jetzt seine schlimmsten Blüten. All das bisher Erlebte aber wird nur ein Kinderspiel sein gegenüber den kapitalistischen Manövern und Praktiken, die dann der rheinischen arbeitenden Bevölkerung geboten werden. Die Börsenwucherer von Paris und Lyon werden Arm in Arm mit den Finanzhyänen von Brüssel und den Pfeffersäcken von Amsterdam das arme Rheinland aussaugen. Das Eisen-Hüttenkomitee wird über die Rhein- und Ruhrkohle entscheiden und die Präsidenten und Minister der famosen Rheinland-Republik werden nichts weiter sein als Präfekten des Herrn Poincaré und Kommissare und Zwischenmeister des französischen Kapitals. Wegen dieser großen Gefahr wird die kommunistische Arbeiterschaft im Rhein- und Ruhrgebiet auch in Zukunft den Kampf gegen den Separatismus mit aller Energie fortführen, und zwar solange, bis sie in einem einheitlichen proletarischen Rätedeutschland wieder aufs engste mit dem gesamtdeutschen Proletariat verbunden ist.

Eine Erklärung der Kommunisten zur Rheinlandfrage.

** Bei den Debatten im Rheinischen Provinziallandtage in Barmen gab die Kommunistische Fraktion am 8. November eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

In Bayern, wie im Westen ist das Bürgertum der Träger der Loslösungstendenzen, während die marxistische Arbeiterschaft überall das stärkste Bollwerk der Einheit Deutschlands ist. Im Westen ist das rheinisch-westfälische Schwer- und Finanzkapital entschlossen, nachdem es den deutschen Staat bis zum letzten ausgesogen hat, sich und seine Sachwerte vor der herannahenden sozialen Revolution in Deutschland unter den Schutz der französischen Bajonette zu retten. Es fördert die Zerschlagung des Reiches, um seine Profite zu retten. Diese westliche Orientierung der rhein.-westfälischen Bourgeoisie arbeitet dem französischen Imperialismus in die Hände, der das Rhein- und Ruhrgebiet wirtschaftlich, militärisch und politisch beherrschen will, um dadurch Frankreichs Bourgeoisie in jeder Hinsicht zum herrschenden Faktor in Europa zu machen. Damit will das verbündete französisch-deutsche Kapital an Rhein und Ruhr die kommende proletarische Revolution erdrosseln.

Die Politik des rheinisch-westfälischen Schwerkapitals und die kurzsichtige, ebenfalls nur vom kapitalistischen Interesse geleitete Politik der Reichsregierung hat im Rheinland dem Separatismus den Boden bereitet. Bis vor kurzem noch eine einflußlose Sekte, ist der faschistische Separatismus durch das brutale Verhalten der Konterrevolution, durch die katastrophale Politik

des Ruhrkrieges und seine Beendigung, natürlich auch durch die mehr oder weniger offene Unterstützung der Besatzungsbehörden ein ernster Faktor geworden, da zu ihm weite Kreise des Bürgertums, des Mittelstandes, der Bauern, ja auch verzweifelte Arbeiterelemente gestoßen sind. Weite Gebiete des Rheinlands hat er mit seinen bewaffneten Truppen besetzt.

Weit gefährlicher noch als diese Bewegung ist aber die Tatsache, daß unter dem Einfluß der rhein. Schwerindustrie und Großfinanz Stinnes, Hagen, Wolff, der Gedanke der Loslösung in den breitesten Kreisen des rheinischen Bürgertums und seiner Parteien und Presse immer mehr an Boden gewinnt.

Angesichts der schwankenden unklaren Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage macht die Kommunistische Partei die gesamte rheinisch-westfälische Arbeiterschaft auf die große Gefahr dieses legalen Separatismus aufmerksam. Die geforderte Loslösung von Preußen und die Schaffung eines eigenen Bundesstaates im Rahmen des Reichs ist nur der erste verhüllte Schritt zur völligen Loslösung von Deutschland. Auch die Schaffung der *rheinischen Goldnotenbank* soll durch die Errichtung einer eigenen Währung dieser Loslösung dienen. Die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft ist in ihrem Befreiungskampf gegen das kapitalistische Mordsystem auf Gedeih und Verderb mit der kämpfenden deutschen Arbeiterklasse verbunden.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten am Rhein und an der Ruhr werden in dem der deutschen Arbeiterschaft aufgezwungenen Abwehrkampfe gegen Kapitalsoffensive, Konterrevolution und Faschismus Schulter an Schulter mit dem gesamten deutschen Proletariat stehen. Sie werden sich durch keinerlei Schranken und Grenzen von ihren kämpfenden Brüdern trennen lassen. Auch die Befreiungsstunde der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft wird nur in gemeinsamem Kampfe mit der deutschen Arbeiterschaft schlagen. In diesem entscheidenden Ringen wird das deutsche Proletariat, im Bunde mit dem russischen, dem internationalen Proletariat, die kapitalistische Herrschaft niederringen. Die Kommunistische Partei erhebt darum gegen jede Loslösungsbestrebung den allerschärfsten Protest und ruft die gesamte Arbeiterschaft des Rheinlandes zum Kampf gegen *jeden* Separatismus auf.

Politik

Der Prozeß gegen die Mörder Worowskis.

Von Arthur Rosenberg (Berlin).

** Am 5. November begann vor dem Lausanner Schwurgericht die Verhandlung gegen den russischen Weißgardisten Conradi, der den Genossen Worowski am 10. Mai d. J. im Hotel „Cecil" in Lausanne anläßlich der Orient-Konferenz ermordete, sowie gegen Polounine, den Sekretär des russischen monarchistischen Roten Kreuzes, der als Mitwisser und Förderer des Verbrechens hervortrat. Der Prozeß spielt sich im Rahmen einer wüsten Hetze gegen den Bolschewismus und gegen Sowjetrußland ab. Die europäische Bourgeoisie weiß, daß die Grundlagen ihrer Macht erschüttert sind. Um so heftiger wehrt sie sich gegen ihren Sturz, um so gehässiger ist sie gegen den Kommunismus, der ihre Ablösung von der Herrschaft herbeiführt. Auch das Schweizer Spießbürgertum ist von wildem Kommunistenhaß erfüllt und sympathisiert mit den weißen russischen Mördern, zumal, da Conradi, der ehemalige Zaren- und Wrangeloffizier, aus einer Schweizer Familie stammt. Die Schweizer Faschistenorganisation, die „Ligue nationale suisse", hat ja entscheidend zu der Ermordung Worowskis beigetragen; durch ihre Demonstration und Drohungen gegen die russische Delegation in Lausanne bereitete sie die Stimmung vor, in der Conradi sein Verbrechen wagen konnte. Der Geist dieser Faschisten herrscht im Gerichtssaal und auf den Straßen von Lausanne in den Tagen des Prozesses. Man beschimpft und bedroht die Belastungszeugen sowie die Anwälte der Familie Worowski. Auf jede Weise soll ein Druck auf die Geschworenen ausgeübt werden, damit sie die Schuldfragen verneinen, Conradi und Polounine freisprechen.

Die russische Weißgardistenorganisation ist sich darüber klar, was der Prozeß bedeutet. Man will im Gerichtssaal in Lausanne auf politischem und moralischem Gebiet dem Bolschewismus eine große Schlacht liefern. Die in Berlin erscheinende russische Zeitung „Nakanune" war kürzlich in der Lage, eine Anzahl von Briefen und Aufzeichnungen aus weißgardistischen Kreisen zu veröffentlichen, die sich auf den Prozeß beziehen: Der ganze literarische und Schriftstellerstab der russischen Monarchisten im Ausland arbeitete demnach monatelang fieberhaft, um Material gegen den Bolschewismus zusammenzustellen. Die Zentrale, von der die ganze Tätigkeit geleitet wird, ist der Generalstab Wrangels in Belgrad. In einem der weißgardistischen Briefe findet sich folgender Satz: „Die Freisprechung der Angeklagten strebe ich mit allen Kräften an, indem ich ihr eine ungeheure Bedeutung beimesse. 1. ist für uns das Schicksal unserer jungen Leute nicht gleichgültig; 2. wird das freisprechende Urteil ein mächtiges antibolschewistisches und namentlich terroristisches Propagandamittel sein."

Die weißen Russen wollen sich also mit einem moralischen Triumph im Gerichtssaal nicht begnügen, sondern darüber hinaus wollen sie durch den Freispruch einen Freibrief gewinnen für weitere Attentate gegen Vertreter der Sowjetregierung und Kommunisten. Eine ganze Serie faschistischer Morde soll sich dem Attentat auf Worowski anschließen. Der Attentatsplan gegen den Genossen Rappoport in Paris, wobei ein russischer Weißgardist die Tochter Rappoports schwer verletzte, zeigt schon deutlich, was man beabsichtigt. Deshalb ist der Worowski-Prozeß von größter Bedeutung für das internationale Proletariat. Der Spruch des Gerichts in Lausanne wird einen Maßstab dafür abgeben, was die westeuropäische Bourgeoisie wagt oder nicht wagt. Entweder zieht die Bourgeoisie es vor, den Schein der Legalität zu wahren, oder sie erklärt ganz offen durch den Mund der Lausanner Geschworenen, daß revolutionäre Arbeiterführer vogelfrei sind, und daß es zum Schutz von Kommunisten keine Gesetze gibt. Die Arbeiterschaft wird daraus ihre Konsequenzen zu ziehen haben.

Die Anklageschrift, die der Staatsanwalt des Kantons Waadt, Herr Capt, verfaßte, ist äußerst charakteristisch. Sie wirkt viel mehr, als ein Plädoyer zugunsten der Angeschuldigten. Der famose Schweizer Staatsanwalt kann zwar die Tatsache der Ermordung Worowskis nicht aus der Welt schaffen, aber er trägt alle Umstände zusammen, die zur Entlastung Conradis beitragen könnten. Er erzählt von dem angeblichen Leiden, die Conradis Familie unter der Bolschewistenherrschaft in Rußland auszustehen hatte, und erklärt so „den wilden Haß Conradis gegenüber den Bolschewisten". Eifrig bemüht sich der Staatsanwalt, das weißgardistische russische Rote Kreuz in Genf von der Mitschuld am Morde reinzuwaschen. Der Direktor dieses Roten Kreuzes, der bekannte Weißgardist Dr. Lodygensky, habe Conradi nur ärztlich untersucht, aber sonst mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun gehabt. Um so auffälliger ist es, daß Lodygenskys Sekretär und Mitarbeiter Polounine das Attentat finanzierte. Daß der Staatsanwalt auch für die „Ligue nationale suisse" eintritt, ist bei seiner Geistesrichtung selbstverständlich.

In der Verhandlung traten die Angeklagten überaus frech und provozierend auf und rühmten sich ihrer Tat. Auf die Frage, woher die 310 Schweizer Franken stammten, die er Conradi ausgezahlt hat, verweigerte jedoch Polounine die Antwort, woraus man die nötigen Schlüsse ziehen kann. Verteidigt werden die Angeklagten von bekannten reaktionären Schweizer Anwälten, die politisch als Sozialisten- und Kommunistenfresser sich betätigen. Auch diese Herren treten überaus provozierend auf und bemühen sich, die Pogromstimmung gegen Sowjetrußland zu steigern. Die Verteidigung hat lange Reihen von Zeugen aufmarschieren lassen, die mit Schauergeschichten über den Roten Terror auftreten. Mit besonderer Vorliebe hat man sich Zeugen Schweizer Abstammung ausgesucht, Schweizer Kapitalisten, die in Rußland durch die Revolution ihr Vermögen verloren haben und nun gegen den Kommunismus Gift und Galle speien. Man hofft durch diese leibhaftigen schweizer Opfer „bolschewistischer Gewalttätigkeit", die Geschworenen zu beeinflussen.

Aber auch die Gegenseite ist tätig, um die Wahrheit über die russische Revolution und über die Sowjetregierung darzulegen. Eine Reihe von früheren hohen Offizieren der Weißen Armee, die inzwischen ihren Irrtum eingesehen haben, stellten sich für den Prozeß als Zeugen zur Verfügung, um für Sowjetrußland einzutreten. Die Aussagen dieser Zeugen, die durchaus keine Kommunisten sind, aber als anständige russische Patrioten die Wahrheit über ihr Land sagen, mußten den tiefsten Eindruck hervorrufen. So trat als Zeuge der General Dostowalow auf, früherer Divisionsgeneral der Weißen Armee. Er erklärte, daß der Weiße Terror weit grausamer als der Rote war, wie er selbst als General Weißer Truppen feststellen konnte. Gefangene wurden nicht gemacht: „Während die Roten gegen die Reichen kämpften, also in den zurückeroberten Gebieten höchstens gegen wenige Reiche grausam waren, marschierten die Weißen gegen die Massen der Bauern und Arbeiter, und diese wurden daher in Massen massakriert!" Der Zeuge hat selbst häufig gesehen, wie Rotarmisten ohne Gerichtsverfahren erschossen, skalpiert oder gehenkt wurden. Daß Dörfer und Städte von den Weißen Truppen geplündert wurden, war die Regel.

Im selben Sinne äußerte sich der General Dobrowolsky, der im Bürgerkrieg der Stellvertreter Denikins war. Auch er bestätigt die Grausamkeit des Weißen Terrors, und betont, daß

sich danach, nach seinem russischen Vaterland zurückzukehren und in die Rote Armee einzutreten.

Ein früherer amerikanischer Major Graves, der als Mitglied der amerikanischen Militärmission in der Koltschak-Zeit in Sibirien weilte, machte für die Weißen vernichtende Aussagen: Die Weißen Truppen waren gemeine Banditen, und noch schlimmer als solche. Von Koltschak sind gegen dreißigtausend Menschen ohne Urteil hingemordet worden.

Und dieses weißgardistische Gesindel wagt es, in Lausanne mit sittlicher Entrüstung aufzutreten und die Mörder Worowskis als angebliche Märtyrer zu verherrlichen. Mögen die Geschworenen in Lausanne sich entscheiden, wie sie es für richtig halten, für jeden objektiv Denkenden wird nach diesem Prozeß und diesen Zeugenaussagen das Urteil über die russische Gegenrevolution feststehen.

Aus Sowjetrußland

Brief aus Sowjetrußland.

Der 6. Jahrestag der Oktoberrevolution.

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Die Moskauer Feier der proletarischen Revolution, der 7. November, verlief in diesem Jahre weniger offiziell und pompös als die 5. Jahresfeier im vorigen Jahre. Damals nahmen die Gäste des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale an der Feier teil; in diesem Jahre war man viel mehr „unter sich". Aber die Festlichkeit hatte dieselbe Ordnung: am Morgen marschierte die Moskauer Garnison auf dem Roten Platze auf (die Parade wurde diesmal vom Vorsitzenden des Moskauer Sowjets, Genossen Kamenjew abgenommen); daran reihten sich die Arbeiterorganisationen, die Betriebe, die Schulen, die Aemter usw. in schier endlosem Zuge. Der Vorbeimarsch der Demonstration, an der schätzungsweise etwa eine Million Personen teilnahm, dauerte bis zum Abend. In jeder Gruppe marschierten die Jugendlichen, die Lehrlinge und die Kinder — der junge Nachwuchs der Revolution — voran. Die ganz Kleinen wurden in Last- und anderen Automobilen gefahren. Die Lastautos, auf denen Dutzende von strahlenden Kindern mit roten Kopftüchern und kleinen roten Fahnen zusammengedrängt saßen, nahmen sich von der Ferne aus, wie Wagen mit Riesenblumen.

Man könnte sagen, daß die sowjetistischen Feierlichkeiten mit ihren Reden, Paraden, Illuminationen und Demonstrationen schon etwas Traditionelles an sich haben. Aber gerade dieser „traditionelle" Charakter der Revolutionsfeste zeigt am stärksten, daß diese Feste sich bereits tief ins Bewußtsein der Massen eingegraben haben, daß sie zu wahren Volksfesten geworden sind, und zwar für sämtliche Schichten der Bevölkerung. Der Bourgeois (hierzulande „Nepmann" genannt) rüstet sich zum 7. November, wie sonst zu Ostern. Der Werktätige empfindet die Teilnahme am Festzug geradezu als Vergnügen, obwohl dieses Vergnügen mitunter recht anstrengender Natur ist: manche Betriebe liegen vier, fünf und mehr Kilometer vom Roten Platze entfernt; die anderen müssen stundenlang in der Kälte warten, bis die Reihe an sie kommt. Aber um die Stimmung der Massen kennen zu lernen, brauchte man sich nur die heiteren, lustigen Gesichter der Vorbeimarschierenden anzusehen. Jung und Alt brüllte aus voller Kehle „Hoch!" und **„Hurrah!"**. Die Studenten warfen die Mützen in die Luft und fingen sie im Gehen wieder auf. Selbst der Parademarsch der Roten Armee hatte etwas ungezwungenes an sich (dieser „Parademarsch" unterscheidet sich von dem alten wilhelminischen Parademarsch ebenso, wie z. B. der Bauerngeneral Budjenny von Herrn von Ludendorff). Das Verhältnis des Volkes zu dieser Armee äußerte sich beispielsweise sehr schön in folgendem: Als die Rote Reiterei am Strastnoj Boulevard vorbeizog, wurde sie von einem Zug Demonstranten aufgehalten — die Arbeiter holten die proletarischen Generäle von den Gäulen herab und „schaukelten" sie, so wie sie waren, in voller Gala, auf offener Straße, d. h. warfen sie nach russischer Art der Manifestation in die Höhe . . . .

Das russische Volk freute sich an diesem Tage, und jeder Werktätige sagte sich, daß er Recht habe sich zu freuen, wenn er sich mit seinem Nachbarn und mit früheren Zeiten verglich. Deutschland bildete den ernsten Hintergrund zu der diesjährigen Revolutionsfeier. Nicht allein in den Reden nahm die Frage der Zukunft Deutschlands eine Zentralstellung ein, nicht nur jeder klassenbewußte Proletarier empfand das Band der Solidarität mit der ringenden deutschen Arbeiterklasse an diesem Tage stärker denn je — sondern der Vergleich mit Deutschland innen der Bourgeoisie beweist, sie sei imstande, mit „starker sieht ihren höchsten Existenzgrund darin, daß sie nach lag sozusagen in der Luft. Der Sowjetrubel, bis vor kurzem noch der Paria unter den Valuten an der Börse, wird heute tausendmal höher gewertet als die deutsche Mark. Der Moskauer Arbeiter verdient im Durchschnitt so viel, daß er für seinen Tageslohn 25 Pfund Brot kaufen kann, während für den deutschen Arbeiter der gesamte Wochenlohn bei voller Beschäftigung kaum zureicht, sich zwei, drei Tage sattessen zu können. In Deutschland, dem Lande der Kultur und der Demokratie, wird der Achtstundentag abgeschafft — in Rußland stehen der Achtstundentag und alle revolutionären Errungenschaften der Arbeiterklasse unwankbar, fest, behütet und geschützt von der Arbeiter- und Bauernregierung. Während in Deutschland die Betriebe von den Unternehmern geschlossen werden und die Arbeiter zu Tausenden und aber Tausenden aufs Pflaster geworfen werden, entwickelt sich das Wirtschaftsleben Sowjetrußlands und mit ihm die Arbeiterschaft aufwärts. In Deutschland: Ruin, Not, Reaktion, nationale Zerrissenheit und Verzweiflung — in Sowjetrußland: Wiederaufbau, vollkommene Ernährung, politische Herrschaft der Arbeiterklasse, Eintracht und Vorwärtskommen.

Das ist der Preis für die Jahre des Kampfes und für die Opfer. Wahrlich, diese Opfer haben sich gelohnt, sie haben hundertfachen Lohn getragen. Das sagt sich heute der letzte russische Arbeiter, die letzte russische Arbeiterin. Sie wissen auch, was der Kampf gekostet hat, und wie der Sieg errungen werden konnte. Das Instrument des Sieges war die Rote Armee; der schöpferische Geist der Revolution aber, von dem auch die Rote Armee und Sowjetrußland überhaupt geboren wurden, ist die Kommunistische Partei. Die KPR. und Sowjetrußland — das eine ist undenkkbar ohne das andere, das eine ist aufs engste verknüpft mit dem anderen. Das Schicksal beider ist das Schicksal der proletarischen Revolution. Am Eingang in das 7. Sowjetjahr steht die KPR. felsenfest auf ihrem Posten. In der Festnummer der „Prawda" zum 6. Jahrestage beschäftigt sich Genosse Sinowjew mit den nächsten Aufgaben der Partei und zeichnet ihre neue Richtlinien auf, entsprechend den neuen Aufgaben des Proletariats im Rahmen der Welt- und der eigenen Politik. Diese „Neuorientierung" besteht im wesentlichen in der Forderung der größeren Heranziehung der Massen der Arbeiterschaft zur aktiven Teilnahme am Staats-und Parteileben. Dieser Artikel, der gerade am Festtage der Oktoberrevolution die Diskussion über die nächsten Parteiaufgaben eröffnet, zeigt, daß die KPR. — trotz aller Unkenrufe der Menschewiki und anderer Konterrevolutionäre — kein erstarrtes Gebilde ist, sondern nach wie vor den lebendigen Pulsschlag der Massen wiedergibt. Die Zukunft ist gewitterschwanger, aber das eine ist unzweifelhaft: Solange das Proletariat Rußlands diese revolutionäre Partei hat, steht das Gebäude des Sowjetstaates ehern fest, und die russische Arbeiterklasse kann getrost eintreten in das kommende 7. Jahr der Sowjetrepublik!

Arbeiterbewegung

Zu den Klassenkämpfen in Polen.

Von W. Lada.

** Die letzten Telegramme der polnischen Telegraphenagentur vom 7. November teilten über die Vorgänge in Polen mit:

> „Während der in Krakau stattgefundenen Unruhen sind am Dienstag abend 25 Mann getötet, 49 schwer und 29 leicht verwundet worden."

Es ist noch zu früh, ein Gesamtbild der gewaltigen Klassenkämpfe entrollen zu können, die sich in den letzten Wochen in Polen abgespielt haben. Wir wollen nur einige Hauptzüge der Bewegung herausgreifen.

Die **Regierung** ging gegen die Arbeiter mit allergrößter Schärfe vor. Die Militarisierung der Eisenbahner — dieses letzte Mittel aller bürgerlichen Herrschenden, wenn nur die Proleten der Eisenbahn sich „erdreisten", ernstlich Anspruch auf ihre Freiheit zu erheben — sollte auch hier der Bewegung den entscheidenden Stoß versetzen. Gegen diejenigen Eisenbahner, die sich trotz der Militarisierung nicht zum Dienst stellten, wurde das Standrecht in Anwendung gebracht. Auch sonst wurden alle Machtmittel, über die der moderne Staat verfügt, alle Abwürgungsmittel, mit denen die Bourgeoisie ihrem Staat im Kampfe gegen den inneren „Landesfeind" zu Hilfe kommen kann, in Anwendung gebracht.

Die äußerste Anstrengung, die die Regierung tat, um der Bewegung Herr zu werden, erklärt sich sowohl aus innen- wie außenpolitischen Gründen. Eine Regierung Dmowski-Korfanty allein die Sowjetregierung Rußland retten könne. Er sehne

Hand“ zu regieren. Aehnliche Rücksichten auf das Ausland veranlaßten sie des weiteren, England und Frankreich zu zeigen, daß Polen, wenn auch nicht jener Fels, so doch wenigstens jener Erdwall ist, auf dem das imperialistische Kapital beider Länder seine Position aufrichten kann, ohne zu riskieren, daß diese von dem Bolschewismus „verschlungen“ wird.

Der finanzielle „Berater“ des polnischen Finanzministers, Mr. Hilton Young, der ehemalige Finanzstaatssekretär im britischen Schatzministerium, der in Polen angeblich nur ganz „privat“ weilt, hat seiner Regierung in den letzten Tagen eine Denkschrift unterbreitet, in der er seine Erfahrungen darlegt und um ein **Moratorium** für die **Staatsschulden** und für die **privatrechtlichen Verpflichtungen der polnischen Bürger in Großbritannien** ersucht. Gleichzeitig unterbreitete aber Herr Kucharski dem Sejm den Voranschlag des Haushaltsetats, der — o Wunder! — nicht nur vollständig ausgeglichen ist, sondern sogar einen gewissen **Ueberschuß** aufweist. Wenn die „Times“ noch am 1. November äußerte, daß „unglücklicherweise in Polen, wie in manchem anderen Lande, die Bolschewiki in dem herrschenden finanziellen und wirtschaftlichen Chaos, einen mächtigen inneren Bundesgenossen haben“, so gilt es für die Regierung Dmowski-Korfanty, der Londoner City zu beweisen, daß sie sowohl der Bolschewiki wie des wirtschaftlichen und finanziellen Chaos Herr werden könne. Sonst werden die Auslandskredite in Nichts zerrinnen, und das Chaos wird steigen, bis es Dmowski und Korfanty, die polnische Bourgeoisie und das polnische Agrarkapital verschlingt!

Für die **Arbeiterklasse** bedeuten die Oktober-November-Kämpfe eine Lehre von ungeheurer Bedeutung. Die Arbeiterschaft des ehemaligen Russisch-Polens hat in der Revolution vom Jahre 1905 zum Teil gelernt, daß zwischen ihr und der Regierung, zwischen ihr und der Bourgeoisie ein Abgrund der Klassengegensätze klafft. Die Arbeiterschaft anderer Teile Polens hat diese Erfahrung revolutionärer Kämpfe noch nicht gemacht. Im ganzen aber hat sich die polnische Arbeiterklasse seit der Errichtung des polnischen Staates noch großen Illusionen in bezug auf „ihren“ Staat hingegeben. Jetzt ist durch die Regierung dieses Staates Arbeiterblut in einem Maße vergossen worden, daß sich daraus bedeutsame Folgen für die Zukunft der polnischen Arbeiterbewegung ergeben müssen.

Die Partei der Sozialchauvinisten — die Polnische Sozialistische Partei — blieb auch in dieser Bewegung ihrem Wesen treu. Freilich stehen an der Spitze der Regierung ihre alten verbissenen Parteigegner; freilich hatten die Provokationen dieser Regierung die Massen in eine geradezu weißglühende Erregung gebracht, und es war gefährlich für eine Partei, die sich auf die Arbeiterklasse stützen will, eine zu offene Brüskierung der Interessen dieser Klasse zutage treten zu lassen. Aber in der Seele der Sozialchauvinisten überwiegt dennoch die Sorge um das „Vaterland“ immer die Sorge um das Interesse der Arbeiterklasse. Konnte doch der Abgeordnete Zulawski, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, im Sejm erklären, daß auch er den Eisenbahnerstreik als „ein großes Verbrechen“ dem Lande gegenüber betrachtet. Nur tragen die Arbeiter an diesem „Verbrechen“ die geringste Schuld!

Unsere Partei blieb der bewährten Einheitsfronttaktik treu; sie hielt aber gleichzeitig die Fahne unserer Klassenbestrebungen und Endziele hoch. Der Abgeordnete Krulikowski veröffentlichte im Arbeiterblatt „Das Arbeiterwochenblatt“ ein Offenes Schreiben an die Delegierten des PPS.-Kongresses, der am 1. November zusammentreten sollte, in dem er im Auftrage des Verbandes des Stadt- und Dorfproletariats vorschlug, unter Teilnahme aller Arbeiterorganisationen einen gemeinsamen Aktionsausschuß zu bilden zum Kampfe für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung, für die Kontrolle der Produktion, für die Konfiszierung des größten Teiles des kapitalistischen Eigentums zugunsten des Staates, für die Parole: „Das Land dem Bauerntum“ usw. Genosse Lancucki, der zweite kommunistische Abgeordnete, trat schon in der großen Versammlung in Warschau am 23. Oktober (die unter Bewachung ganzer Polizeiabteilungen abgehalten wurde) für die Notwendigkeit des Kampfes um die **ganze Macht für die Arbeiterschaft und des Kleinbauerntums ein.** Er hob hervor, daß die polnische Arbeiterklasse treu auf der Wacht steht **und sich nicht als Totengräber der deutschen Revolution mißbrauchen lassen wird.**

Mag die polnische Bourgeoisie unter der Führung der Dmowski und Korfanty gegen die Deutschen, Juden und Kommunisten als „antistaatliche“ Elemente ein wildes Kesseltreiben entfesseln, mag sie auf die gegen ihr Regiment revoltierenden Arbeiter Säbelhiebe niedersausen und Maschinengewehre schießen lassen: ein Abgrund „besonderen Saftes“ ist zwischen dem bürgerlichen Staat und der polnischen Arbeiterklasse durch das vergossene Blut aufgerissen worden. Weitere Kämpfe werden diesen Abgrund so vertiefen und verbreitern, daß der polnische Kapitalismus darin seinen Untergang finden wird!

Weisser Schrecken

Die Anklage des Genossen Welti im Worowski-Prozeß.

Der Vertreter der Witwe Worowskis an die Geschworenen des Mordprozesses.

Der Vertreter der Witwe Worowskis, Genosse Welti, hielt in dem kurz vorm Abschluß stehenden Mordprozeß gegen Conradi und Polounine ein Plädoyer. Wir bringen nachfolgend aus dem Wortlaut des ersten Teiles der Rede einen Auszug zum Abdruck. Den abschließenden zweiten Teil lassen wir in der nächsten Ausgabe folgen. Die Redaktion.

I.

** Ich halte darauf, von vornherein mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß meine Klientin, die von so schwerem Schicksalsschlag getroffen, seit Mitte Mai in einem Sanatorium krank darniederliegt, ihre persönlichen Interessen aufs engste verknüpft und übereinstimmend fühlt mit denjenigen des russischen Volkes und der russischen Sozialistischen Sowjetrepublik, die in dem ermordeten Gen. Worowski einen ihrer besten Söhne, einen ihrer tapfersten Kämpfer, einen ihrer treuesten Sachwalter und ehrlichsten, edelgesinnten Männer verloren haben!

Die Wahrung dieser allgemeinen und gemeinsamen Interessen, die den persönlichen weit vorangehen, bedeutet nun aber in dieser Situation in erster Linie die **Verteidigung der Ehre des russischen Volkes** und seiner Regierung, der russischen Revolution und der kommunistischen Bewegung!

Vor, durch und nach dem Attentat und besonders in diesem Prozeß selbst sind zur Beschönigung der Bluttat der Angeklagten und zur Reinwaschung anderer die schwersten Beleidigungen gegen das russische Volk und gegen die kommunistischen Führer ausgestoßen worden. Diese Beleidigungen erfordern von dieser Stelle aus den schärfsten Protest.

Dabei sind wir uns jederzeit und in vollem Ummfange klar bewußt, daß **die Frage der russischen Revolution, jener größten, erhabensten und grundlegendsten Epoche im Befreiungskampfe der arbeitenden Klasse der Welt, nicht vor dem waadtländischen Schwurgericht, sondern vor dem Forum der Weltgeschichte entschieden wird.**

Meine erste und wichtigste Aufgabe wird nun sein, unser Verhältnis zum Herrn Staatsanwalt und unsere Stellung zur Anklage klar zu präzisieren.

Wir wollen unsererseits den Geschworenen zu einem gerechten Spruch verhelfen, aber wir können nicht dem Herrn Staatsanwalt auf seiner Spur folgen, wenn wir sehen, daß er aus der Rolle des Anklägers heraustritt und sich einerseits zum Verteidiger von Personen und Personengruppen aufwirft und andererseits wieder andere Personen und Gruppen tadelt und der Verleumdung bezichtigt! Wir verstehen gerade unter den Letzteren auch uns selbst und alle jene, die in tiefstem Empörung, in tiefstem Schmerz sich aufbäumen über die blutige Tat und in schlichter Erfüllung ihrer Pflicht die Verantwortlichkeiten nach allen Seiten festzustellen suchten. Werden wir uns verstehen? Werden wir uns verständigen? Ich habe wenig Hoffnung!

Unsere Stellungnahme zur Anklage gebietet uns, zweierlei zu fordern:

In erster Linie eine **Ergänzung der Anklage,** und zwar soweit es sich um die Tat und die Schuld der beiden Angeklagten handelt. In zweiter Linie eine **Richtigstellung der Anklage,** soweit es sich um die Verteilung von Lob und Tadel andern Personen gegenüber handelt.

Am 9. August dieses Jahres hat die Anklagekammer nach erfolgtem Aktenstudium und nach Kenntnisnahme der Meinungsäußerung des Staatsanwalts die Ueberweisung des Conradi als Angeklagten an das Kriminalgericht beschlossen, und zwar unter einer Anschuldigung, die wir nicht verstehen konnten.

Wir waren wie vor den Kopf geschlagen durch die Tatsache, daß sowohl die Anklagekammer als auch der Staatsanwalt dazu gekommen sind, Conradi wegen seines quasi Maschinengewehrfeuers, das er gegen seine weiteren zwei Opfer Arens und Divilkowski eröffnet hat, nicht wenigstens wegen Totschlagsversuchs anzuklagen, sondern ihn nur der Körperverletzung zu beschuldigen, indem er auf Arens und Divilkowski mehrere Schüsse abfeuerte. —

Ich frage: Sprechen nicht alle Indizien für die Tötungsabsicht des Conradi auch in bezug auf Arens und Divilkowski? Genügt es wirklich, daß der Angeklagte Conradi leugnet, diese Absicht gehabt zu haben, um die Nichterreichung dieser Absicht anzunehmen?

Ich habe die bescheidene Meinung, daß Conradi sich redlich Mühe gegeben habe, daß die von ihm abgegebenen Schüsse die Opfer gut getroffen haben, und daß es ein reiner glücklicher Zufall ist, wenn der Leiche Worowskis nicht noch zwei weitere Leichen hinzugesellt wurden.

Verweilen wir einen Moment bei dem, was Conradi über die Tötung von Bolschewisten alles geäußert hat. Zunächst in seinem „Aveu" sagt er allen Bolschewisten den Kampf an und nennt jeden, der an der Seite dieser Banditen bleibe, seinen Feind. Dann leistet er sich selbst den Schwur: Sollten wir im eigenen Lande solche gefährliche Internationalisten haben, so werde ich sie gleicherweise vernichten! —

Man sieht, er zieht den Rahmen seiner Ausrottungsgelüste sehr weit. In Berlin will er, wenn er sie antrifft, einige bolschewistische Chefs töten. In diesem Sinne äußerte er sich zu seiner Frau und zu Polounine. **So viele als möglich!** Das ist sein Wahlspruch.

Der Zeuge Willimann, der Hoteldirektor, der erste, der mit Conradi nach der Tat gesprochen hat, sagte in der Untersuchung aus, Conradi habe zu ihm gesagt: „So, jetzt habe ich drei Russen getötet!" Und Willimann fügt die Bemerkung dazu: „Ich hatte die Ueberzeugung, Conradi habe geglaubt, er habe tatsächlich die drei Russen getötet. Die Zeugin Rentsch bezeugte über das Benehmen Conradis nach der Tat: „Ich habe gesehen, wie Conradi sich Worowski, Arens und Divilkowski näherte. Conradi sagte darauf: „Sie sind tot!"

Mit diesen Erklärungen widerlegt Conradi sich selbst. Es muß hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Conradi fürchtete, von Arens und Divilkowski selbst erschossen zu werden, und darum versuchte er, sie zu töten, darum schoß er auf sie mit dieser Absicht!

Als ich die Anklageschrift las, habe ich mir an den Kopf gegriffen, als ich feststellen mußte, daß trotz all dieser Tatsachen der Staatsanwalt die Tötungsabsicht vermißte, eben weil Conradi sie bestritten hat. Der Staatsanwalt hat das größte Vertrauen in die Wahrheitsliebe und Wahrhaftigkeit der Aussagen der Angeklagten. An einer Stelle der Anklageschrift legt der Staatsanwalt folgendes Bekenntnis über seinen Glauben an die Angeklagten ab: „Es ist übrigens **unendlich (!) wahrscheinlich**, daß die Ereignisse sich so abgespielt haben, wie die zwei Angeklagten erzählen, deren Aussagen den **höchsten Grad der Wahrscheinlichkeit** in sich tragen." Ich werte die Aussagen der Angeklagten ganz anders und gestatte mir zu sagen, daß sie mir ziemlich unglaubhaft und wenig wahrscheinlich vorkommen.

Auf mich kann es nicht als Stärkung meines Vertrauens zu den Aussagen des Conradi wirken, wenn dieser dem Untersuchungsrichter sein Offiziers-Ehrenwort verpfändet dafür, daß er ihm die Wahrheit gesagt habe, wenn — wie im vorliegenden Fall — 24 Stunden, nachdem das Offiziers-Ehrenwort gegeben war, der Angeklagte gestehen muß, daß er gelogen habe. Und der Staatsanwalt erhob gegen Conradi bezüglich seiner Taten an Arens und Divilkowski nicht wegen Totschlagsversuchs, sondern nur wegen Mißhandlung (!) Anklage.

Ich werde die weiteren Mängel der Anklage hier im einzelnen darlegen. Es handelt sich hier in einem Prozeß, über dessen Verhandlungen die Welt aufhorcht, darum, die Wahrheit festzustellen, die volle Wahrheit.

Meine Aussetzungen richten sich nach zwei Seiten: Ich behaupte:

1. die Schilderung des Attentats ist nicht vollständig und
2. zum Teil unrichtig.

Wenn in der Anklage gesagt wird, Conradi sei, als er nach Lausanne gekommen sei, Inhaber eines Planes dieser Stadt, eines Browning und der nötigen Munition gewesen, dann hätte man zur Charakterisierung seines intensiven, verbrecherischen Willens unbedingt weiter sagen müssen, daß er nicht nur die notwendige Munition besaß, sondern **daß er diese Munition vorher zu einem möglichst tauglichen, möglichst unfehlbar wirkenden Mordmittel besonders zubereitet hatte, indem er sie an der Spitze feilte.**

Ueber den Zweck dieser Präparation hat ja Conradi selbst gesagt: „Wenn ich den Worowski hätte in die Bauchgegend schießen müssen, wollte ich, daß die Kugel sicher im Bauche stecken bleibe, daß sie nicht herauskomme! Eine Kugel, deren Spitze gefeilt ist, kommt nicht aus dem Bauch heraus, wenn sie eingedrungen ist. Hätte man dann eine Operation machen müssen, so würde diese fast sicher tödlich verlaufen sein!"

Wir halten diese Tatsache für sehr wichtig, nicht nur für die Bemessung der Schuld im Falle Worowski, sondern auch für die Frage der Tötungsabsicht in bezug auf Arens und namentlich Divilkowski. Diese Tatsache des Verwandelns der regulären Patronen in eine Art Dumdumgeschosse hätte unbedingt in den Anklageakt aufgenommen und dort besonders unterstrichen werden müssen!

Ein anderer Punkt! Der Staatsanwalt sagt, nachdem Conradi entschlossen gewesen sei, sich seine Beute nicht entgehen zu lassen, habe er noch gewartet, bis die Gäste des Cecil den Saal verlassen hätten. Conradi habe dies getan, um die Gäste nicht zu erschrecken mit dem, was er tue! Ich habe mich gefragt, wie kommt der öffentliche Ankläger zu einer solchen Feststellung? Ich habe aus den ganzen Akten keinen Anhaltspunkt für eine solche Auslegung gefunden. Sie ist ganz willkürlich. Das wäre an sich noch nicht so schlimm. Schlimmer ist, daß diese Feststellung offensichtlich falsch ist! Es ist nicht recht zu erklären, daß der Staatsanwalt zu einer solchen captatio benevolentiae für Conradi kommt, angesichts der brutalsten, zynischsten Rücksichtslosigkeit, die sonst Conradi in bezug auf die Begehung des Attentates zur Schau getragen hat. Nicht aus zarter Rücksicht auf die Hotelgäste oder sonst jemanden hat er gewartet, bis diese den Saal verlassen hatten, sondern aus der viel näher liegenden Berechnung, mit seinen Opfern allein zu sein, um nicht an der Ausführung der Tat gehindert, insbesondere, selber erschossen zu werden!

Ein dritter Punkt! Am meisten Erstaunen erregte bei uns die knappe und ganz unvollständige und unklare Schilderung des Vorganges, wie Conradi Worowski ermordet hat. Die Anklageschrift lautet in diesem Punkt: „Conradi erhebt sich, macht einige Schritte in der Richtung auf Worowski, die Hand in der rechten Hosentasche, er nimmt seinen Revolver heraus, richtet die Mündung gegen den Kopf Worowskis, über dem rechten Ohr, und schießt. Worowski, getroffen, neigt sich zur Seite!"

Hier taucht die Frage auf: Spielt, nach der Meinung des Herrn Staatsanwalts, der Umstand bei einem Mord keine Rolle, **ob der Mörder den Schuß auf sein Opfer von vorn abgibt, oder ob der Mörder sein Opfer, ohne daß dieses die geringste Ahnung hat, feige, meuchlings von hinten zusammenknallt!?** Als ich noch im Kriminaldienst tätig war, hat man solche Umstände als fundamentale Tatumsmtände bei der Prüfung der Schuld des Angeklagten besonders hervorgehoben. Ist diese Tatsache dem Herrn Staatsanwalt entgangen? Wenn nein, warum läßt er sie nicht laut reden? So laut, als eben eine solche Tatsache unüberhörbar sprechen kann und muß.

Wir glauben, der ganze Anklageakt hätte dann eine überzeugende Wirkung bekommen, wenn die wirklich feststehenden Tatsachen in den Vordergrund gerückt und präzis umschrieben worden wären. Statt dessen finden wir ganze Seiten in der Anklageschrift angefüllt mit unkontrollierbaren Erzählungen des Angeklagten über sein und seiner Angehörigen Schicksal, was dann so hingestellt wird, als ob es nach allen Regeln des Rechts sonnenklar bewiesen sei. — Geradezu lächerlich aber nimmt es sich in der Anklageschrift aus, z. B. folgende sogenannte Feststellung zu machen: „1917 befehligt er eine Kompagnie. Er wird verschiedene Male verwundet und erhält Dekorationen. Nach der bolschewistischen Revolution geht er zu den Weißen Armeen über, hält sich tapfer! Er wird von neuem verwundet." **Woher nahm der Staatsanwalt bei Abfassung der Anklageschrift diese sogenannte „Tatsache": Conradi habe sich in den Weißen Armeen tapfer gehalten und sei dort aufs neue verletzt worden. Wo ist der mindeste Beweis für eine solche Behauptung vorhanden gewesen?** Der Auszug aus seinem Militärbüchlein, welche Taten oder Untaten er in der Weißen Armee begangen, sagt nichts darüber, ob er verwundet worden sei, oder, daß er sich tapfer gehalten habe. Also warum seine Tapferkeit herausstreichen, angesichts des ganz feigen Verhaltens bei dem Mord an Worowski, beim Tötungsversuch an Arens und Divilkowski? Mit Recht und aus einem gesunden Empfinden heraus hat der Untersuchungsrichter den Angeklagten Conradi gefragt: „Geben Sie zu, daß Worowski nichts bemerkte vom Attentat, dessen Opfer er geworden ist? — In Ihrer Eigenschaft als Offizier — haben Sie nicht darüber nachgedacht, daß sie einem Menschen von hinten den Tod geben, ohne daß er sich wehren konnte?" Man erinnere sich, welche Antwort Conradi darauf gab. Er sagte unter anderem: „Ich riskierte, selber durch die anderen getötet zu werden. Ich betrachtete Worowski nicht als einen Menschen, sondern als einen Hund!" Es ist ganz klar, daß aus diesen niedrigsten Beschimpfungen, aus der feigen, hinterlistigen Tat keine Tapferkeit und keine mutige Tat gemünzt werden kann.

Es mußte festgestellt werden, welche große und ebenso unverständliche und unverzeihliche Lücke die Anklageschrift in dieser Beziehung aufweist.

Noch bei einem anderen Punkt hätte es uns richtig geschienen, wenn die Anklage ihn berücksichtigt hätte, und das ist eine ausführliche Beschreibung des Verhaltens Conradis unmittelbar nach dem Mord und dem Totschlagsversuch, insbesondere, daß er über seine Tat hocherfreut und vom Dirigenten des Hotelorchesters verlangte, man solle ein bestimmtes Musikstück spielen. — Der Zynismus, den der Angeklagte damals zur Schau trug, ist zu charakteristisch, daß er nicht verdient und erfordert hätte, im Anklageakt festgehalten zu werden.

Mit diesen Bemerkungen möchte ich zunächst das Kapitel Conradi in der Anklage verlassen, um den Teil der Anklage zu besprechen, der von allen möglichen Dingen und Personen handelt. Es ist jener Teil, der als der ausgesprochen polemische bezeichnet werden muß. Es ist jener Teil, wo der Staatsanwalt sich zum Verteidiger gewissen Personen und zum Ankläger und Richter zugleich anderer Personen und politischer Bewegungen aufwirft, die nicht auf der Anklagebank sitzen. Die einzelnen Kapitel ließen sich überschreiben: „Bei den Russen und Rußlandschweizern", „Das russische Rote Kreuz ancien regime oder die verfolgte Unschuld", „Die friedlichen Bürger der Ligue nationale!" usw.

Ich will meine Aufmerksamkeit nur meinen Landsleuten, den „friedlichen Bürgern" und „den Freunden der Ordnung", von der Ligue nationale suisse zuwenden.

Die Charakteristik, die der Herr Staatsanwalt von dieser Vereinigung und ihren Zielen gibt, ist ja sehr interessant, und bei dem Eifer, mit dem er diese Gesellschaft und ihre Bestrebungen lobt, könnte fast der Verdacht auftauchen, daß er selber die Ehre habe, Mitglied dieser Vereinigung zu sein! Besonders bestärkt wird man in dieser Anschauung, wenn man den Tadel vernimmt, den der Staatsanwalt der Ligadelegation erteilt, wegen ihrer unüberlegten Demarche! Indessen ist es andererseits auffallend, mit welcher außerordentlichen Schonung er den Herren Glardon und Konsorten doch wieder begegnet. Die schärfste Kritik, die er für ihre Handlungsweise aufbringt, ist in dem Satz enthalten: „Es ist klar, daß diese Herren sich mit etwas beschäftigen, das sie nichts anging und das ihr bizarres Unternehmen der allgemeinen Mißbilligung begegnete!" Es fällt mir nicht ein, dem Herrn Staatsanwalt für die schonungsvolle Behandlung, die er den Herren Glardon und Konsorten angedeihen läßt, einen Vorwurf zu machen. Wogegen ich mich aber wenden muß, das ist der Versuch, die ausgesprochenen Drohungen der Herren Ligamänner einfach ins Lächerliche zu ziehen, einfach als einen Spaß hinzustellen, den niemand ernst genommen habe!

Einig bin ich mit dem Herrn Staatsanwalt, daß sich die Herren von der Ligadelegation durch ihre Demarche bei Worowski und durch ihr Auftreten im Presseklub unüberlegt benommen haben. Aber läßt ihr unüberlegtes Handeln ohne weiteres den Schluß zu, daß es ihnen mit ihren Demarchen und Projekten nicht heiliger Ernst war?

Es scheint mir gefährlich zu sein, wenn der Herr Staatsanwalt darauf hinweist, es seien ja nur zwei oder drei ganz junge Leute, Mitglieder der Liga, gewesen, die dem Vergnügen nicht widerstehen konnten, mehr zu sagen als nötig war und die einige unüberlegte Pläne von sich gaben, wie etwa: „Man wird sie auf die andere Seite des Sees bringen!" oder ähnliche. Wie ernst junge Leute solche Drohungen, die sie ausstoßen, meinen, sollte doch gerade dieser Prozeß aufs klassischste bewiesen haben!

Es ist sicher, daß die Ligue nationale in ihren Reihen eine beträchtliche Anzahl sehr militante Kämpfer hat, die sich für das Prädikat „friedlich" sehr bedanken würden. Ist es nicht notorisch, daß in Lausanne der Ligue nationale sogenannte „grouppes des combattants" angehören, die sich als illegale Organisation konstituieren?

Ist es nicht notorisch, daß beim Typographenstreik im Dezember 1922 diese militanten Ligamänner an die Lausanner Polizei herangetreten sind und dieser ihre Absicht offen kundgegeben haben, **die sozialistische Druckerei anzuzünden?** Ist es nicht notorisch, daß diese Leute die Polizei angefragt, ob sie sich bei diesem Akt neutral verhalten würde? Und ist es endlich nicht notorisch, daß die Polizei erklärte, das könne sie doch wohl nicht, und daß sie den Ligaleuten zuredete, von ihrem Vorhaben abzustehen!?

Mit diesen Elementen haben wir es hier zu tun!

Wenn wir fragen, warum die Delegation die Abreise Worowskis wünschte, so ist die Antwort eines Ligamitgliedes sehr typisch, eines Mitgliedes, von dem man nicht recht weiß, ob man es in die Unterabteilung der „Freunde der Ordnung" oder in eine der „grouppes des combattants" einreihen soll. Herr Lucien Cand sagte: „Wir befürchten, daß gewisse Elemente sich zu Gewaltakten gegen die russische Delegation verleiten lassen würden!" Ich darf hier an folgendes erinnern: Der Untersuchungsrichter fragte den Zeugen Glardon: „Welches war die Tätigkeit der Ligue nationale suisse seit der Ankunft der russischen Delegation zur zweiten Friedenskonferenz?"

Und Herr Glardon gab darauf die Antwort: „Gegen den 4. oder 5. Mai haben wir vernommen, daß die Konferenz es ablehnte, die russische Delegation zuzulassen! Unser Vorstand hat dann entschieden, eine Delegation zu Worowski zu schicken. Der Vorstand, zusammengesetzt aus etwa 10 Personen, hat sich im Bureau der Liga versammelt. Wir wollten Worowski wissen lassen, daß wir mehrere hundert Waadtländer Bürger vertreten, die über die Haltung Worowskis gegenüber dem Bundesrat entrüstet waren." Wie kann hier die Rede davon sein, daß Herr Glardon und Konsorten ohne Auftrag gehandelt hätten? Herr Glardon beruft sich ausdrücklich auf den in der Kommission gefaßten Beschluß.

Der Herr Staatsanwalt begründet zwar das Hineinziehen der Ligamänner in diesen Prozeß und in die Anklage, aber nur um

1. zu beweisen, daß zwischen der Ligue nationale suisse und Conradi-Polounine keinerlei Beziehungen bestanden; um
2. zu beweisen, daß die Demarchen der ligue nationale nur mehr oder weniger zeitlich mit dem Attentat zusammenfallen und ein Kausalzusammenhang nicht besteht; um
3. zu beweisen, daß die Männer der ligue nationale nur ‚citoyens paisibles et amis de l'ordre" („friedliche und ordnungsliebende Bürger") seien.

Sind ihm die Beweise gelungen?

Wenn Conradi in den ersten Depeschenmeldungen nach dem Attentat und somit auch im Aufruf der Kommunistischen Partei als Mitglied der Ligue nationale bezeichnet wurde, so tragen für diesen Fehler die Ligamänner durch ihr vorhergehendes Verhalten die alleinige Schuld. Nichts lag näher für die Journalisten, als anzunehmen, es habe sich nun einer von den jungen Leuten zur Tat hinreißen lassen.

Also diese negative Feststellung ist dem Herrn Staatsanwalt gelungen. Nun aber die andere Frage? Hat der Herr Staatsanwalt Sie, meine Herren Geschworenen, oder uns alle zu überzeugen vermocht von der Harmlosigkeit der Herren von der Ligue nationale? Wer's glaubt, zahlt einen Thaler!

Wie aber steht es mit dem dritten Beweis? Mit der Frage: Koinzidenz oder Kausalität?, mit der Antwort auf die Frage: Besteht zwischen den Demarchen der Ligue nationale gegen die russische Delegation und der Mordtat des Conradi ein Kausalzusammenhang? Die Anklage sagt: Nein! Vergegenwärtigen wir uns folgende Daten: Am 27. April meldet der Telegraph, Worowski habe sofort nach seiner Ankunft in Lausanne eine Note an das Sekretariat der Konferenz gerichtet, worin er seine Ankunft anzeigte und mitteilte, daß „Rußland sich immer noch als Mitglied der Konferenz betrachte".

Am 30. April berichten die Depeschenagenturen über den Zwischenfall betr. das verweigerte Paßvisum an den russischen Kurier und über die Stellungnahme des Bundesrats zur russischen Delegation. Alle Zeitungen bringen lange Meldungen darüber. Am 5. Mai kommt aus Bern die Meldung: Aus einer dem Politischen Departement vom Generalsekretariat zugegangenen Mitteilung geht hervor, daß Rußland gegenwärtig nicht mehr als zur Orientkonferenz eingeladen betrachtet werden kann. Am gleichen Tage, am 5. Mai, beschäftigt sich der Vorstand der Ligue nationale, die von dieser Meldung Kenntnis erhalten hat, mit der Frage, wie die Ligue nationale am schnellsten und sichersten die russische Delegation zum Verlassen der Schweiz bringen könne. Am 6. Mai schreibt Conradi, der über die Situation der russischen Delegation in den Zeitungen gelesen hatte, an Polounine: „Ich habe aus den Zeitungen erfahren, daß Worowski in Lausanne, im „Savoy", war; ich kann nach Lausanne fahren; schicken Sie mir womöglich 200 Fr.!" Die Zeitungen schreiben über diese Vorfälle: Am 8. Mai geht die Delegation der Ligue nationale zu Worowski. Am 7. Mai debutieren die Ligamänner im Cercle de la Presse. Am 8. Mai ebenso. Am 7. Mai rekognosziert Polounine in Lausanne. Am 8. Mai schickt Polounine dem Conradi 200 Fr. per Expreßbrief. Am 9. Mai schickt Conradi dem Polounine die Quittung, teilt mit, daß er nach Lausanne fahre und verlangt Auskünfte über die russische Delegation. Am 10. Mai ereignet sich der Mord!

Für jeden objektiv Denkenden ist es klar, daß **die Haltung des Bundesrates und des Sekretariates der Friedenskonferenz gegenüber der russischen Delegation die Ligue nationale direkt angespornt hat,** sofort in der Weise in Aktion zu treten, wie wir gesehen haben. **Es ist ebenso klar, daß die Haltung des Bundesrates, des Sekretariates und der Ligue nationale auf Conradi eingewirkt hat, die geplante Tat zu vollführen.** Nur wer nicht sehen will, nur wer die Augen verschließen will vor der Wirklichkeit, wird diesen Zusammenhang leugnen. Das ist der Grund, warum wir nicht eine bloße Koinzidenz zwischen den Handlungen der Liguers und der Tat Conradis sehen, sondern einen Kausalzusammenhang. Wir stehen mit dieser Auffassung nicht allein. Selbst reaktionäre bürgerliche Blätter haben von Anfang an zugegeben, daß die Atmosphäre um die russische Delegation, wie sie durch das Verhalten des Bundesrates, des Konferenzsekretariates und der Ligue nationale geschaffen worden sei, Conradi zur Ausführung seines Planes habe ermuntern müssen. Weil wir Kommunisten dasselbe sagten, hat man uns Verleumder und Vaterlandsverräter genannt. (Schluß folgt.)

Imprimerie de Friedrichstadt G. m. b. H., Berlin SW 48.